

Zur Ostdenkschrift der EKD 1965 – ein aktueller Rückblick

Markus Meckel

Präsident Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Warschau, den 12. März 2015

Über die Einladung zu dieser Konferenz habe ich mich ganz besonders gefreut. Zum einen, weil diese Konferenz überhaupt stattfindet, zum anderen, weil sie mich an meine Jugend und das Elternhaus erinnert.

Dass diese Konferenz den Blick auf die Ostdenkschrift vor 50 Jahren lenkt, ist von großer Bedeutung, ist diese doch aus der öffentlichen Erinnerung weitgehend verschwunden. Wenn sie noch in den 90er Jahren immer wieder beim Rückblick auf die deutsch-polnische Versöhnungsgeschichte neben dem Brief der polnischen katholischen Bischöfe genannt wurde, so geschieht das heute kaum noch. Das aber ist ein Fehler! Diese Denkschrift der EKD steht gleichrangig neben diesem wichtigen Brief, beide waren ein Paukenschlag im Verhältnis beider Länder und in den jeweiligen Gesellschaften und hängen in der Sache auch eng zusammen. Bischof Kominek, der eigentliche Motor des Briefes, hat sich später klar dazu bekannt, dass die Denkschrift eine wichtige Ermutigung für seine Initiative war. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Hoffnung groß war, dass die deutschen katholischen Bischöfe ebenso mutig und klar reagieren – doch wir wissen, diese Hoffnung wurde dann enttäuscht. Zu sehr war die katholische Kirche in Deutschland mit der Regierung Adenauer verbunden, die in der Grenzfrage keinen Spielraum lassen wollte.

Für mich ist die Denkschrift aber auch eine Kindheitserinnerung. Sie wurde bei uns zu Hause am Abendbrottisch mit den Gästen diskutiert, ich war damals 13 Jahre alt. Mein Vater war Ökumenereferent der Evangelischen Kirche der Union in der DDR und hatte vielfältige Kontakte nach Mittel- und Osteuropa, so auch zum Ökumenischen Rat in Polen. Ich erinnere mich noch gut an Bischof Wantula, dem das ausgelassene Schweineschmalz meiner Mutter so gut schmeckte, dass sie ihm öfter ein Glas mitgab; er hieß bei uns Kindern seitdem „der Schmalzbischof“.

In den Kreisen der evangelischen Kirche, die meine Jugend bestimmte, gab es zu der Denkschrift eine große Zustimmung, lag sie doch ganz auf der Linie dessen, was einige Jahre vorher mit der Gründung der „Aktion Sühnezeichen“ durch Lothar Kreyssig zum Ausdruck kam: der Wille, die deutsche Schuld und Verantwortung anzunehmen, zum Thema zu machen und für Versöhnung zu arbeiten. 1962 war Lothar Kreyssig gemeinsam mit dem katholischen Diakon Günter Särchen aus Magdeburg das erste Mal in Polen, es wurde der Beginn einer langen Versöhnungsarbeit.

Die evangelischen Landeskirchen in der DDR waren ja auch nach dem Mauerbau 1961 noch Gliedkirchen der EKD und insofern ein Teil dieses Prozesses. An der Ausarbeitung der Denkschrift waren ihre Vertreter jedoch nur teilweise beteiligt, war ihre gesellschaftliche Situation doch auch eine völlig andere; die DDR hatte ja schon 1950 im Görlitzer Vertrag die Grenze anerkannt.

In der Bundesrepublik war die Denkschrift 1965 ein Weckruf und regelrechter Fanfarenstoß. Sie rührte an einem Tabu, einer Lebenslüge. Damals war die Grundhaltung in der deutschen Bevölkerung noch stark von dem Bewusstsein bestimmt, dass Deutschland 1945 vor allem ein Opfer war und der Verlust der Ostgebiete ein Unrecht sei. Die Lebenslüge bestand darin, dass der Glaube genährt wurde, die Oder-Neiße-Grenze sei vorläufig. Wir können uns diese Haltung damals kaum noch vorstellen. Sie wird aber deutlich durch ein Zitat, das ich Ihnen vorlesen möchte. Bischof Hanns Lilje erklärte bei seinem Bericht vor der hannoverschen Landessynode im November 1965 über die Denkschrift: „In meiner täglich einlaufenden Post macht fast Dreiviertel der Eingänge der Protest gegen diese Denkschrift aus. (...) Dies gehört nun zu den geheimnisvollen Dingen der heutigen deutschen Mentalität. Dem normalen deutschen Mann kann man drei Sachen nicht sagen: Man kann mit ihm nicht über die Juden reden, man kann mit ihm nicht über den 20. Juli 1944 reden, und man kann mit ihm nicht über die Kapitulation von 1945 reden. Das ist eine Schwäche, die auf die Dauer eines Volkes wie des unseren nicht würdig ist.“ So Bischof Lilje 1965.

Die Diskussion in der evangelischen Kirchen wie auch in der ganzen Gesellschaft war heftig. Immer wieder war auch von „Verrat der Landesinteressen“ die Rede. Der Kirche wurde vielfach die Legitimation zu solchen politischen Botschaften abgesprochen. Der Bund der Vertriebenen lief Sturm gegen die Aussagen der Denkschrift und die

Anerkennung der Grenze. Wir müssen uns ja deutlich machen, dass es noch 20 Jahre brauchte, bis Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der Bundesrepublik das Verständnis des Kriegsendes 1945 als Befreiung etablieren konnte!

Die Autoren der Denkschrift und viele kirchenleitenden Persönlichkeiten verteidigten diese gegen alle Angriffe mit großem Engagement. Ludwig Raiser, einer der maßgebenden Autoren und schon früher Mitverfasser des „Tübinger Memorandum“ sprach vom „Realismus als Gebot der deutschen Politik“, zu der die Kirche die Gesellschaft herausfordere. Willy Brandt, mit dem ich 1991 noch darüber sprach, bekannte mir gegenüber, dass die Denkschrift eine ganz wesentliche Grundlage für die Mehrheitsfähigkeit seiner neuen Ostpolitik und des Warschauer Vertrages von 1970 in der westdeutschen Gesellschaft geschaffen hat.

Willy Brandts Politik wurde von der Bevölkerung in der DDR in hohem Maße begrüßt. Man erinnere sich nur, wie ihm die DDR-Bürger in Erfurt zujubelten. Durch seine Politik wurde die Grenze durchlässiger, der Zusammenhalt der Deutschen in Ost und West durch vielfältige Begegnungen gestärkt – und es begann der Versöhnungsprozess mit den östlichen Nachbarn, insbesondere mit Polen. Beim Kniefall Willy Brandts gab es vor allem in den Kirchen der DDR das tiefe Bewusstsein: Er kniet dort auch für uns!

Die Ostdenkschrift von 1965 hat auch das kirchliche Sprechen in politischen Zusammenhängen nachhaltig geprägt. Keine spätere Denkschrift war ähnlich umstritten, keine aber auch wirkmächtiger. Zu erinnern ist vielleicht noch an das Sozialwort der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz von 1997 („Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“). Sich im Bewusstsein der eigenen Partikularität sachlich argumentierend in die öffentliche Debatte zu zentralen Fragen der gesellschaftlichen Herausforderungen einzubringen, wurde in Deutschland zu einem anerkannten Markenzeichen. So hat die Ostdenkschrift auch wesentlich zu einer politischen Kultur beigetragen, in der die Kirchen in der Öffentlichkeit gehört werden – und ihr Gewicht von der Bedeutung und Sachlichkeit ihrer Argumentation abhängt.

Mich persönlich hat diese Denkschrift in meiner Haltung zu Polen stark geprägt. So erinnere ich mich gut an die erste Reise nach Polen mit meinem Vater, es war 1966. Ich weiß noch, dass ich – als damals 14-Jähriger - in einem wunderbaren Buchenwald bei Stolp/Ślupsk dachte: „Dieser verfluchte Hitler! Sonst wäre das noch alles deutsch!“ Das heißt ja, in meinem geistigen Umfeld war klar bewusst: Wir Deutschen waren durch die schrecklichen Verbrechen selbst verantwortlich für den Verlust der

deutschen Ostgebiete, nicht die Alliierten oder die Polen – und hatten das anzuerkennen!

Diese Grundhaltung bestimmte mich auch, als 1989/90 nach dem Fall der Mauer und mit der Frage der deutschen Einheit die Grenzfrage dauerhaft zu regeln war. Gleich 1989 unterstrichen wir, d.h. die neu gegründete Partei in der DDR, die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen dauerhaften Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Diese Haltung wurde dann von der frei gewählten Volkskammer der DDR in ihrer Erklärung vom 12. April 1990 ausdrücklich bekräftigt. Damit stellten wir Ostdeutschen uns in die aus unserer Vergangenheit her rührenden Verantwortung, welche von der SED ja über die Jahrzehnte geleugnet worden war.

Als Außenminister der DDR trat ich für den Vorschlag des polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki ein, dass wir sofort in Dreiergesprächen (Polen und die beiden deutschen Staaten) einen Grenzvertrag ausarbeiten und signieren - und dieser dann unmittelbar nach der staatlichen vom gesamtdeutschen Parlament ratifiziert wird. Wir begannen diese Gespräche – doch wurden sie von Kanzler Kohl unterbunden. Dieser wollte keine schnelle Festlegung der Grenze. Er hatte aus wahltaktischen Gründen die Vertriebenenverbände im Blick, welche die Grenzankennung ablehnten, und wollte bei der anstehenden Bundestagswahl deren Stimmen nicht verlieren. So sprach er dann schließlich am Ende von der Anerkennung der Grenze als „Preis der deutschen Einheit“, eine in meinen Augen völlig unangemessene Perspektive. War diese Grenze doch eine Folge des Zweiten Weltkrieges und der deutschen Verbrechen – und es daher wichtig, das auch klar so zu benennen, weil nur so das geeinte Deutschland das nötige Vertrauen erwerben würde. Durch die Verzögerung einer klaren Grenzregelung verweigerte Deutschland damals Polen – und insbesondere seinem Ministerpräsidenten, der viel für die Versöhnung mit Deutschland getan hatte - in einer schwierigen Zeit die notwendige Solidarität. Ich habe das damals mit großem Schmerz – und Ärger – erlebt.

Glücklicherweise erfüllten sich danach nicht die Befürchtungen, die man haben konnte. Es bewahrheitete sich die Erfahrung, dass erst wirklich anerkannte Grenzen auch zu durchlässigen Grenzen werden. Auf diesem Weg sind wir heute weit vorangeschritten.

Heute sind Deutschland und Polen nicht nur beide demokratische Staaten und Partner in Europa und in der Nato. Die verlässlichen Beziehungen beider Länder sind gesellschaftlich tief verankert. Das gegenseitige Vertrauen ist immer tiefer geworden.

Wir wissen auf beiden Seiten der Grenze, dass die Gestaltung eines freiheitlichen Europa unsere gemeinsame Herausforderung ist. Auf dem Weg dahin wurde der von der Ostdenkschrift der EKD und dem Brief der polnischen Bischöfe im Jahr 1965 auf den Weg gebrachte Versöhnungsprozess zwischen unseren Völkern das immer stabiler werdende Fundament.